

# Backnanger Kreiszeitung

Murrta-Bote



Backnanger Tagblatt

Amthliches Bekanntmachungsblatt für

den Rems-Murr-Kreis und die Große Kreisstadt Backnang

Nummer #

Donnerstag, 24. August 2017

Einzelpreis Euro 1,70

E 1445 A

## Lokales

### Stadt und Kreis



#### ► 17 · Begleiter für Migranten

Lydia Harwardt bietet Schülern in den Migrantinnenklassen des beruflichen Schulzentrums Backnang Orientierungshilfe im Bildungsdschungel. Sie ist eine von mehreren Begleitern, die der Landkreis für die drei beruflichen Schulzentren eingestellt hat. Ziel ist, dass die Schüler Deutsch lernen.

#### ► 18 · Themenblog zur Wahl

Der Wahlblog der Backnanger Kreiszeitung bietet ab sofort alle aktuellen Themen, Hintergrundberichte sowie Videos, Statistiken und interaktive Extras zur Bundestagswahl 2017. Auch am Wahlsonntag wollen wir unsere Leser unter <http://blog.bkz.de/wahl2017> auf dem Laufenden halten.

#### ► 20 · Mit Wilhelm unterwegs

Gudrun Wilhelm startet offensiv und motiviert in den Bundestagswahlkampf. Die 63-Jährige ist seit 1994 in Kirchberg Gemeinderätin, zudem stellvertretende Vorsitzende der FDP/FW-Fraktion und Kreisrätin. Sie ist immer im Dialog mit den Bürgern.

### Rems-Murr-Sport



#### ► 11-14 · Ein eingespieltes Team

Auf die dritte Saison in der Dritten Liga freuen sich die Handballer des HC Oppenweiler/Backnang. Auf ein eingespieltes Team kann Trainer Matthias Heineke (rechts) bauen. Sein Team will von Anfang an fleißig punkten.

### Ihr direkter Draht zu uns

► Anzeigen 071 91 / 808-114 [anzeigen@bkz.de](mailto:anzeigen@bkz.de)

► Vertrieb 071 91 / 808-138 [leserservice@bkz.de](mailto:leserservice@bkz.de)

► Redaktion 071 91 / 808-170 [redaktion@bkz.de](mailto:redaktion@bkz.de)

► Fax 071 91 / 808-111

### ► 7 · Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
12174,30 Pkt. -55,04 Pkt.	3438,63 Pkt. -16,96 Pkt.	1,1787 Dollar + 0,35 Cent

### ► 23 · Wetter



Mittags 28°  
Nachts 15°  
Sonne und Wolken,  
später Schauer Gefahr



4 194218 301700

## Ins Innere des Baumes schauen



Wenn ein Baum faule Stellen aufweist, kann er zur Gefahr werden. Heiko Münzing untersucht deshalb in Backnang etliche Bäume,

die zur Gefahr werden könnten. Wie schlimm es um die Bäume steht, erkennt der Sachverständige mittels Schalltomografen und Bohrwi-

derstandsmessgeräten, mit denen er das Innere der Bäume erforscht. Foto: A. Becher  
► Seite 19

## Jugendämter nehmen mehr Kinder denn je in Obhut

Minderjährige Flüchtlinge treiben Zahlen nach oben – Hilfeinrichtungen im Südwesten entspannt

Junge allein reisende Flüchtlinge, aber auch Misshandlung und Verwahrlosung: 11 800 Kinder und Jugendliche sind 2016 im Südwesten vorläufig in Hilfeinrichtungen gelandet – so viele wie noch nie.

VON ACHIM WÖRNER

STUTTGART/WIESBADEN. In den vergangenen Jahren hat es in Baden-Württemberg immer mehr Inobhutnahmen gegeben. Waren 2005 nur knapp 1700 Fälle registriert worden, waren es 2013 bereits 3800. Den größten Sprung gab es allerdings zwischen 2014 und 2015 von 4600 Fällen auf 8400. Der Hauptgrund für den neuerlichen Anstieg im

Jahr 2016 auf ein Rekordniveau waren minderjährige Ausländer, die alleine in den Südwesten kamen. Deren Anteil an den Inobhutnahmen betrug rund 66 Prozent. Die Hilfeinrichtungen seien mittlerweile personell und räumlich aber „gut auf die dynamische Entwicklung eingestellt“, sagte Referatsleiter Jürgen Strohmaier vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) unserer Zeitung.

Bundesweit sind 2016 mehr als 84 000 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen worden. Im Vergleich zum Vorjahr betrug das Plus 8,5 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Mittwoch mitteilte. Der Anstieg war allerdings deutlich schwächer als 2015 (plus 61,6 Prozent). Immerhin rund 44 900 Minderjährige waren

ohne Eltern in die Bundesrepublik gekommen, das waren 2600 mehr als 2015.

Jungen und Mädchen werden in Obhut genommen, wenn sie sich in akuten Krisen- und Gefahrensituationen befinden. Bis eine Lösung gefunden ist, werden sie in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht. Vor zwei Jahren, als die Einreisen junger Flüchtlinge plötzlich deutlich zunahmen, standen die Hilfeinrichtungen vor großen Herausforderungen, heißt es beim KVJS. Durch eine gute Zusammenarbeit von Behörden, Verbänden und freien Trägern sei es rasch gelungen, die Unterbringung und Betreuung in geordnete Bahnen zu lenken. Nicht nur in Stuttgart sind Wohngruppen aber ausgelastet, wie Lucas-Johannes Herzog vom Jugendamt bestätigt. „Wir haben im Moment wenig Puffer.“

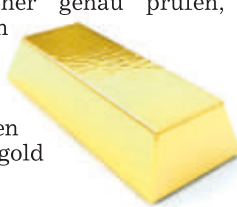
## Lufthansa will nur Teile von Air Berlin kaufen

BERLIN (dpa). Die insolvente Fluggesellschaft Air Berlin wird vorerst nicht zerlegt. Der Hauptinteressent Lufthansa hat bei der Auftaktsitzung des Gläubigerausschusses am Mittwoch zwar sein Angebot für weite Teile des Unternehmens konkretisiert, aber keinen Zuschlag erhalten.

Einen vorgezogenen Teilverkauf der nicht insolventen Touristiktochter Niki soll es zunächst nicht geben. Lufthansa bietet nach wie vor für die Air-Berlin-Tochter Niki und weitere Teile der Fluggesellschaft, nicht aber für das komplette Unternehmen, hieß es in Kreisen des Frankfurter Dax-Konzerns. Der österreichische Touristikflieger Niki gehört mit seinen geringen Kosten und einer modernen Airbus-Flotte zu den begehrten Teilen des Air-Berlin-Konzerns.

## Schatz, du bist schon da?

Da staunt der Deutsche: Drei Jahre früher als geplant hat die Bundesbank eine heikle Aktion abgeschlossen: Auf öffentlichen Druck hin holten die Banker im Ausland einen Teil der deutschen Goldreserven ab – in Rekordtempo. Gold für Deutschland! Jetzt liegt etwas mehr als die Hälfte des milliardenschweren Schatzes in Frankfurt. Davor waren die Barren recht verstreut; Kritiker fanden das intransparent. Wie das jetzt so schnell gehen konnte, ist ein noch zu lüftendes Bankgeheimnis. Bisher hatte das Gold ja kaum einen Käufer. Die Banker mussten daher genau prüfen, ob ihre ausländischen Kollegen ihnen als Goldreserve nicht vielleicht einen Goldenen Retriever andrehen wollen – oder Mangold hinblättern. (rai)



## Experte wirft Bahn Fehler bei Tunnelbau vor

RASTATT (sj). Der Professor für Eisenbahnenwesen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Eberhard Hohnerker, wirft der Bahn im Zusammenhang mit dem Tunnelbruch bei Rastatt massive Fehler vor. Der Unfall wäre vermeidbar gewesen, stellte der Bauingenieur gegenüber unserer Zeitung fest.

Die Bahn habe „Absicherungen gegen Risiken vernachlässigt“ – etwa mit Stahlträgern. Warum die Bahn dieses Standardverfahren nicht angewandt habe, sei unverständlich. Über der Tunnelbaustelle war am 12. August die Erde eingebrochen, die Gleise hatten sich gesenkt, die Strecke zwischen Baden-Baden und Rastatt ist seitdem unterbrochen – mit gravierenden Folgen weit über die Region hinaus.

► Leitartikel Seite 2

## Oper Stuttgart hält an Premiere mit Starregisseur fest

Russisches Gericht verhängt Hausarrest für Kirill Serebrennikow bis 19. Oktober

VON TIM SCHLEIDER

MOSKAU. Trotz des Hausarrests für den russischen Regisseur Kirill Serebrennikow bis zum 19. Oktober hält die Stuttgarter Staatsoper an der Premiere von „Hänsel und Gretel“ am 22. Oktober fest. Man suche nach Möglichkeiten, die Probearbeiten fortzusetzen und die Inszenierung trotz der Umstände zu ermöglichen, sagte der Sprecher der Staatsoper, Thomas Koch, am Mittwoch unserer Zeitung.

Ein Moskauer Gericht hatte Serebrennikow zuvor wegen Betrugsverdachts unter Hausarrest gestellt. Ihm wird die Veruntreuung von staatlichen Kulturförderungsmitteln im Wert von 68 Millionen Rubel (knapp 980 000 Euro) vorgeworfen.

Der Regisseur hatte vor zwei Jahren bereits in Stuttgart gearbeitet und „Salome“ von Richard Strauss inszeniert. Auch dank dieser Arbeit wurde die Staatsoper Stuttgart zum „Opernhaus des Jahres“ gewählt.

### Kommentar

## Verwirrung

Beim Dieselskandal schadet das Hü und Hott der Politik nur

VON ROLAND PICHLER

Dass der Dieselskandal Stoff für den Wahlkampf liefert, tut der Sache nicht gut. Es ist noch nicht einmal einen Monat her, da hatten sich Automobilindustrie und Politik zum Dieseltreffen getroffen. Auch die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks war dabei und verteidigte die Ergebnisse. Die Sozialdemokratin betonte zwar von Anfang an, dass die Software-Nachrüstung und die Kaufprämien der Hersteller nicht ausreichen. Doch nun nährt ausgerechnet sie Zweifel, ob die Software-Updates von 5,3 Millionen Dieselaautos überhaupt große Wirkung entfalten. Damit trägt Hendricks vollends zur Verwirrung bei.

Die Dieselfahrer wissen nicht mehr, wem sie noch trauen können. Die Politik sollte – Wahlkampf hin, Wahlkampf her – deshalb darauf achten, dass die Konfusion nicht grenzenlos wird. Zur Verunsicherung trägt etwa bei, dass Hendricks davon spricht, selbst Fahrer von Dieselaautos mit der neuen Euro-6-Norm könnten nicht sicher vor Fahrverboten sein. Damit widerspricht sich die Bundesregierung selbst. Denn bisher gingen alle Appelle der Politik dahin, dass sich Besitzer neuer Fahrzeuge mit der emissionsarmen Euro-6-Norm auf der sicheren Seite glauben können. Jetzt sollen diese Zusagen auf einmal nicht mehr gelten?

Es geht nicht, dass die Regierung Verabredungen mit der Industrie trifft und sich ein paar Wochen später davon distanzieren. Die große Koalition wirkt bei diesem Thema planlos. Es war von Anfang an klar, dass die Software-Updates nur einen begrenzten Beitrag leisten können. Dennoch kommt es auf jeden Beitrag an. Weitere Maßnahmen sind geplant. Die Regierung muss aufpassen, dass sie mit einem Zerreden der Ergebnisse nicht den letzten Rest von Vertrauen zerstört. Der Schaden ist schon jetzt beträchtlich.

[roland.pichler@stzn.de](mailto:roland.pichler@stzn.de)

## Ministerin: Software-Update für Diesel hilft kaum

Studie des Umweltbundesamtes sieht nur geringen Beitrag zur Luftreinhaltung – Autoindustrie setzt auf Gesamtpaket

VON ROLAND PICHLER

BERLIN. Nur drei Wochen nach dem Dieseltreffen nährt die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) Zweifel, ob die auf dem Dieseltreffen beschlossenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung große Wirkung entfalten. Hendricks stützt sich auf eine Studie des Umweltbundesamtes, die zu einem ernüchternden Ergebnis kommt: Die geplante Software-Nachrüstung und die Kaufprämien für ältere Dieselfahrzeuge

senkten die Stickoxidbelastung in den deutschen Städten nur um sechs Prozent. Die Umweltministerin sagte: „Es gibt einen Effekt, aber er reicht nicht aus.“

Die Umweltministerin forderte die Autoindustrie auf, ältere Fahrzeuge mit Katalysatoren nachzurüsten. Allerdings lehnen die Autokonzerne dies ab, da die Hardware-Nachrüstung teuer ist und Jahre in Anspruch nehmen würde. Auch das Bundesverkehrsministerium warnte vor voreiligen Schlussfolgerungen. Das beschlossene Maß-

nahmenpaket könne die Schadstoffbelastung spürbar reduzieren.

Laut den Ergebnissen der Studie des Umweltbundesamtes werden mit dem Software-Update für 5,3 Millionen Fahrzeuge und den Kaufprämien der Hersteller die Grenzwerte in vielen Städten nicht erreicht. Wenn es bei den bisher geplanten Schritten bleibt, werde die Stickoxidbelastung in 70 Städten weiterhin zu hoch ausfallen, darunter auch Stuttgart. Bislang würden nur in rund 20 Städten in Deutschland die

Grenzwerte unterschritten. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hält dagegen daran fest, dass sich ein höherer Beitrag zur Luftreinhaltung ergibt. Nach Berechnungen der Industrie könnten die Stickoxidemissionen bis 2019 im Vergleich zu 2017 um zwölf bis 14 Prozent sinken. Das sei zu erwarten, wenn man die Erneuerung der Flotten mit berücksichtigt. Der VDA warnte davor, den Dieselskandal zum Wahlkampfthema zu machen.

► Kommentar  
► Seite 2